

Trump-Sieg: und jetzt?

Grund zur Sorge oder „wird nicht so schlimm“? Seit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten herrscht weltweit Ratlosigkeit. Klar ist nur: Trumps Erfolg wird sich auf die Wirtschaft – und damit auch auf ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften in den USA und Deutschland – auswirken.

Donald Trump wird der 45. Präsident der USA. Im Wahlkampf hat er sich wiederholt populistisch gegenüber Minderheiten und Frauen geäußert. Auch seine Ankündigungen im Bereich der Wirtschafts- und Handelspolitik ließen aufhorchen: Infrastrukturprogramme, Steuererleichterungen für Unternehmen, eine Erhöhung der Militärausgaben, ein Ende des Freihandels. Paul Krugman, Wirtschaftsprofessor an der Princeton University, prognostiziert, dass diese Politik „der amerikanischen Arbeiterklasse schaden, nicht helfen, wird“. Dennoch haben die ArbeiterInnen Trump mit ins Amt getragen. Im sogenannten „Rostgürtel“ – dem früheren Manufacturing Belt im Nordosten der USA – gewann Trump mit Michigan, Pennsylvania und Wisconsin drei Bundesstaaten, die seit den 1980er Jahren demokratisch wählten. Auch der Swing-State Ohio liegt im „rust belt“ und stimmte dieses Mal für den republikanischen Kandidaten.

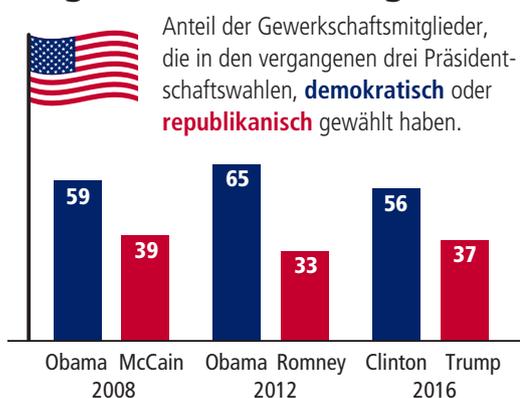
Dabei hatte sich der größte amerikanische Gewerkschaftsbund AFL-CIO, mit rund 12,5 Millionen

Mitgliedern, stark für Hillary Clinton engagiert. Trump selbst hatte im Wahlkampf immer wieder von der „gewaltigen Unterstützung aus den Gewerkschaften“ gesprochen und aktiv um die ArbeiterInnen geworben. Mit Erfolg. Nach der Wahl kann Trump nun in einigen Bereichen sogar auf gewerkschaftliche Unterstützung zählen. So hat Dennis Williams, Vorsitzender der United Automobile Workers (UAW) mit 400 000 Mitgliedern, bereits erklärt, Trumps Handelspositionen seien „genau richtig“. Dabei geht es hauptsächlich um das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA, das die Gewerkschaft – wie von Trump angekündigt – neu verhandeln oder aussetzen will.

Für den DGB ist klar: Trumps Erfolg ist „Ausdruck eines grundsätzlichen Protests gegen die soziale Schieflage“. Das Wahlergebnis habe gezeigt, was passieren kann, „wenn Politik Abstiegsängste und soziale Probleme vernachlässigt“. Deswegen fordert der DGB einen Kurswechsel in der deutschen Wirtschaftspolitik – weg von neoliberalen Grundsätzen wie Sparpolitik, Deregulierung des Arbeitsmarktes und steuerlichen Entlastungen von Unternehmen, die die Populisten auch hierzulande stärken.

Der Direktor des Wirtschaftsforschungsinstituts IMK, Gustav Horn, bewertet Trumps Pläne als „Schritt zurück in die Vergangenheit“. Wenn er die protektionistische Politik durchsetzt, die er angekündigt hat, wird „die wirtschaftliche Entwicklung der USA und seiner Handelspartner deutlich schlechter verlaufen als bisher“, so Horn. Eine amerikanische Abschottungspolitik hätte auch Folgen für die Exportnation Deutschland, deren größter Abnehmer die USA sind. Horn erwartet, dass die Auswirkungen erst langfristig sichtbar werden. Dies werde „viele Menschen den Job kosten“ – und damit „das Gegenteil dessen eintreten, was Donald Trump versprochen hat“. Für das geplante transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, das der DGB in der bisherigen Form ablehnt, dürfte Trumps Präsidentschaft das endgültige Aus bedeuten. TTIP habe „keine Chance mehr“, so Horn. www.dgb.de/-/h0s

So haben Gewerkschaftsmitglieder in den USA gewählt



Angaben in Prozent; Quelle: AFL-CIO exit polls

Donald Trump hat bei GewerkschafterInnen gepunktet und den Abstand zu den Demokraten verringert.

Rechte im Netz

Unseriöse und rechte Newsportale erreichen im Netz Millionen Nutzer. Warum sind sie erfolgreich und wie entlarvt man Hetze?

SEITEN 2/3

Soziales Europa

Die Pläne der EU-Kommission für eine „Europäische Säule sozialer Rechte“ sind enttäuschend. Der DGB fordert, den Stillstand zu überwinden.

SEITE 5

Retter des Kapitalismus

Gewerkschaften ist es zu verdanken, dass die Wirtschaft nicht in einer Dauerkrise steckt, findet taz-Autorin Ulrike Herrmann.

SEITE 7

WEIHNACHTSGELD

Vorteil Tarifvertrag

Anteil von Beschäftigten in Betrieben mit und ohne Tarifvertrag, die Weihnachtsgeld erhalten (in Prozent)



Quelle: WSI-Tarifarchiv 2016

Das Weihnachtsgeld ist ein schönes Extra am Jahresende. Doch wer hat Anspruch darauf? Welche Rolle spielt der Tarifvertrag? Der DGB hat die wichtigsten Infos zusammengestellt.
www.dgb.de/-/Ncm

 **E-MAIL-NEWSLETTER**
Anmeldung unter:
www.dgb.de/einblicknewsletter

CONTRA HATE-SPEECH

Justizminister Heiko Maas (SPD) fordert von den Social-Media-Unternehmen wie Facebook, Google und Twitter, dass rechtswidrige Hass-Postings in den sozialen Netzwerken konsequent und schnell entfernt werden. Die Konzerne löschen nach wie vor zu wenig strafbare Hassbotschaften, die ihnen von den UserInnen gemeldet werden. Das sei eine wichtige Erkenntnis aus einem Test der Beschwerde-mechanismen auf den Portalen durch das Kompetenzzentrum für Jugendschutz im Internet *jugendschutz.net*. Mit der Meldung von über 600 strafbaren Beiträgen wurde überprüft wie die Plattformen auf Hinweise reagieren.

Facebook löschte oder sperrte 46 Prozent der gemeldeten strafbaren Inhalte, bei YouTube führte nur eine von



Anonym und feige

95 Prozent

der Menschen stimmen der Aussage zu, „Anonyme Hasskommentare über das Internet sind feige“.

Quelle: Forsa/Landesanstalt für Medien NRW 2016

Nur eine kleine Minderheit findet anonyme Hasskommentare im Netz in Ordnung, wie eine Forsa-Umfrage zeigt.

zehn Meldungen zur Löschung, bei Twitter lediglich eine von hundert. Bessere Löschorquoten waren nur zu verzeichnen, wenn jugendschutz.net die strafbaren Inhalte nicht als User, sondern selbst direkt per E-Mail meldete. Maas kündigte an, ein systematisches und regelmäßiges Monitoring jugendaffiner Plattform zu verankern. Bereits 2015 hat Maas eine Task-Force initiiert, um mit VertreterInnen von NGOs über Hass im Netz zu debattieren.

Wie Rechte das Netz erobern

Rechte und rechtspopulistische Blogs und Webseiten erreichen mittlerweile monatlich Millionen von Menschen. Ihre Texte sind Quelle für Shitstorms auf Facebook und schleichendes Gift für künftige Debatten im Netz. Wir zeigen, wie die Algorithmen von Suchmaschinen und sozialen Netzwerken den Machern in die Hände spielen und was wir der Entwicklung entgegen halten können.



Hunderte Betreiber von Blogs, Newsportalen und Profilen in den sozialen Netzwerken haben ein gemeinsames Ziel: Sie wollen das Meinungsklima weit nach rechts verschieben. Häufiges Mittel: Es werden Halbwahrheiten, Falschmeldungen und Gerüchte gestreut.

Keine gute Nachricht für Deutschland – das amerikanische Newsportal Breitbart.com will seine Dienste künftig auch für NutzerInnen in Europa bereitstellen. Die Webseite wurde von Andrew Breitbart, einem Vertreter der rechtskonservativen Tea-Party-Bewegung 2007 ins Leben gerufen. Besonders im US-Wahlkampf 2016 war das Portal Infoquelle für viele Trump-WählerInnen. Täglich produziert die Redaktion vor allem negative Meldungen über MigrantInnen, Homosexuelle, Frauen oder Muslime – mit großer Resonanz. In den vergangenen Jahren wurde so „aus einem obskuren Hass-Sammelbecken das mittlerweile meistbeachtete Hass-Sammelbecken der USA“, urteilte der Spiegel. Laut dem Online-Analysedienst SimilarWeb klicken bis zu 85 Millionen Menschen pro Monat auf die Internetseite.

Auch in Deutschland profitieren rechtspopulistische Newsportale von der aktuellen politischen Stimmung. So besuchen laut SimilarWeb mehr als 2,5 Millionen Menschen die Internetseite der nationalkonservativen Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) – jeden Monat. Die Besucherzahlen auf anderen rechtspopulistischen und rechten Internetseiten geben ebenfalls Anlass zur Sorge. Die JF gehört neben den PI-News (bis zu 4,4 Millionen NutzerInnen pro Monat) oder dem *Compact*-Magazin (bis zu einer Million) zu den Meinungsmachern in der nationalkonservativen und rechten Szene. Beobachter gehen davon aus, dass mehr als 1600 Blogs und Webseiten in diesem Milieu online sind. Auch wenn sie sich inhaltlich und optisch zum Teil stark unterscheiden, ihr gemeinsames Ziel: Sie wollen das Meinungsklima

in Deutschland nach rechts verschieben. Viele Online-Beiträge dieser Medien befassen sich einseitig und ausschließlich negativ mit der Situation der Geflüchteten, mit der angeblich gefährdeten inneren Sicherheit, dem Islam, der „Lügenpresse“ oder den „Systemparteien“.

„In den vergangenen Jahren ist es der gesamten rechten Szene gelungen mittels den neuen Kommunikationstechniken eine parallele Informationswelt auf- und auszubauen“, sagt der Journalist und *taz*-Autor Andreas Speit. „Rund um die Uhr können sich Menschen jenseits seriöser und renommierter Medien die vermeintlichen Informationen zusammen suchen“. Die Szene feiert dies als Durchbrechen des „Schweigekartells“. Teile der AfD orientierten sich bereits zu diesen „alternativen Medien“ weg von den „etablierten Medien“. „Da wird lieber erst dem *Compact*-Magazin ein Interview gegeben als Öffentlich-Rechtlichen-Sendern“, so Speit.

Rechte dominieren bestimmte Themenfelder

Die Aktivitäten der rechten Medienmacher haben langfristig Spuren im Netz hinterlassen. Kaum eine Google-Suche zu den Themen Migration, Geflüchtete oder Muslime in Deutschland, bei denen nicht Beiträge dieser Portale prominent in den Ergebnissen auftauchen. Je nach Kombination der Suchbegriffe finden sie sich unter den ersten fünf relevanten Suchergebnissen. Ein großes Problem: Generell verwenden die AutorInnen rechter Blogs und Webseiten Worte oder Formulierungen, die von freien Medien, demokratischen Parteien und Verbänden nicht verwendet werden. So dominieren sie zum Beispiel

die ersten zwanzig Suchergebnisse auf Google, wenn etwa nach den Schlagworten „Asylant Kriminalität“ gesucht wird. Auf den ersten zwei Ergebnisseiten lauten die angebotenen Texte zum Beispiel „6000 % mehr Asylanten-Kriminalität in 2014“ (pi-news.net), „Asylterror - Straftaten und andere Meldungen von Asylanten“ (asylterror.com) oder „Ausländerkriminalität in Deutschland – Die Liste des Horrors“ (journalistenwatch.com). Meldungen von seriösen Medien und Akteuren tauchen unter den Ergebnissen kaum auf. Dadurch, dass seriöse Newsseiten diese Wortwahl meiden, haben rechte Meinungsmacher in diesen semantischen Feldern nur wenig Konkurrenz – sie dominieren diese Themenaspekte und sorgen dafür, dass sich Gerüchte, Halbwahrheiten und Falschmeldungen halten und weiter verbreiten.

Hetze und Rassismus entkräften

Die Portalbetreiber nutzen hierfür auch die Algorithmen der Suchmaschinen. So fällt auf, wie sehr sich die nationalkonservative und rechte Medienszene gegenseitig „liked“, verlinkt und unterstützt. Der Mechanismus dahinter: Suchmaschinen wie Google honorieren jeden sogenannten Backlink auf einen Beitrag. Der Algorithmus deutet die Verlinkung als Beleg für die Qualität des Artikels und stuft den Text in der Ergebnisliste höher ein, was wiederum zu mehr Klicks führt. Deutlich wird dies am Beispiel des Kopp-Verlags, der als „Ausrüster“ für Verschwörungstheoretiker, Esoteriker und auch Rechte gilt. Neben dem E-Shop betreibt Kopp einen Infoservice, der im großen Stil auf Meldungen anderer Medien vor allem zu den Themen Migration, Islam und Innere Sicherheit verlinkt. Häufiges Linkziel sind neben den Seiten von *JF*, *Compact* oder *PI-News* die Portale *Sputniknews* und *RT Deutsch*. Beides Medien, denen ExpertInnen eine Nähe zum russischen Kreml attestieren. Sie werden zwar nicht als rechte Medien eingestuft, berichten aber tendenziös und einseitig. Der Verfassungsschutz warnt mit Blick auf den Bundestagswahlkampf 2017, dass diese oder ähnliche Newsportale von außen gesteuert werden könnten, um Stimmung vor der Bundestagswahl zu machen.

Doch wie umgehen mit den Inhalten von unseriösen, rechtspopulistischen und rechten Newsportalen? Simone Rafael von der Amadeu-Antonio-Stiftung fordert, dass LeserInnen sich kritischer mit ihren Newsquellen im

Netz befassen. „Auf den ersten Blick sind viele Portale modern gestaltet, optisch fallen sie nicht negativ auf“, erklärt Rafael. Sie rät: „Bevor man einen Text von einem bisher nicht bekannten Portal nutzt oder verbreitet, sollte man sich kritisch mit der jeweiligen Quelle befassen.“ Häufig genüge es, wenn man diese googelt, um erste Hinweise auf Wikipedia oder anderen Seiten über die Ausrichtung des Portals zu bekommen. Auch ein Blick ins Impressum kann Aufschluss geben. Vorsicht ist angesagt, wenn dort eine Adresse oder ein Betreiber im Ausland aufgeführt ist oder es kein Impressum gibt. Mehr Aufklärung sei notwendig, damit nicht noch mehr Menschen den Rechtspopulisten auf den Leim gehen, so Rafael.

Wenn NutzerInnen auf Inhalte stoßen, die zu Gewalt aufrufen oder volksverhetzend sind, dann können sie diese über die Hotline von jugendschutz.net melden. Das Portal ist zugleich Kompetenzzentrum für den Jugendmedienschutz und recherchiert jugendgefährdende Inhalte im Netz. MitarbeiterInnen nehmen Hinweise auf Verstöße entgegen und sorgen dafür, dass die Texte möglichst schnell beseitigt werden. Fabian Jellonnek, Referent bei jugendschutz.net, betont: „Hassrede erfordert sichtbaren Widerspruch.“ NutzerInnen sollen Hetze und Rassismus im Netz kommentieren und beispielsweise rechtsextreme Äußerungen argumentativ entkräften oder ihre Solidarität mit den Opfern rassistischer Anfeindungen ausdrücken.

Hyperaktive Facebook-Nutzer im AfD-Umfeld

Das gilt vor allem auf Facebook und Twitter. Gerade hier haben Rassisten und Rechte jegliche Hemmungen verloren. Immer wieder sind auch GewerkschafterInnen Ziel von hasserfüllten Attacken. Häufig entzündet sich der Zorn an Meldungen, die ihren Ursprung auf *JF*, *Compact* oder auch auf der AfD-Homepage haben. Die Partei hat in den vergangenen Monaten einen beachtlichen Zuwachs an „Likes“ auf Facebook erhalten. Wie kann es sein, dass diese noch sehr junge Partei so viel erfolgreicher auf Facebook ist als CDU, SPD, Linke und Grüne?

Professor Simon Hegelich von der Technischen Universität München hat im Auftrag für das ZDF alle Aktivitäten zur Debatte um die Geflüchteten im Facebook-Milieu von AfD und Pegida analysiert. Sein Fazit: „Unsere Daten zeigen, dass im Umfeld von AfD und Pegida hyperaktive Nutzer auf Facebook aktiv sind.“ Während der durchschnittliche Nutzer auf Facebook relativ passiv ist, sind die hyperaktiven Nutzer mehrere Stunden täglich damit beschäftigt, Beiträge zum Thema zu kommentieren und zu „ liken“. Hegelich stellt fest: „Dadurch wird die Netzwerkstruktur auf Facebook nachweislich verzerrt: Es entsteht der Eindruck, Posts, die sich gegen Geflüchtete wenden, wären wesentlich populärer und würden häufiger kommentiert.“ Es sei anzunehmen, dass dieser Verzerrung sich auch auf die Algorithmen auswirkt, mit denen Facebook anderen Nutzern Seiten empfiehlt. „Wir vermuten – da wir keine umfassende Kenntnis der Algorithmen haben –, dass Nutzern, die einmal im Pegida-Umfeld landen, automatisch mehr Inhalte aus diesem Bereichen vorgeschlagen werden als es ohne die hyperaktiven Nutzer der Fall wäre“, so Hegelich. Facebook-Chef Mark Zuckerberg hat nun erste Maßnahmen gegen Falschmeldungen angekündigt.

VERFAHREN GEGEN ONLINE-HETZER

Nur selten werden Hetzer im Netz zu Gefängnisstrafen verurteilt. Mitte Oktober hat das Landgericht Würzburg nun einen Facebook-User in einem Berufungsverfahren zu einer Gefängnis- und nicht zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Der Mann sollte für eineinhalb Jahre ins Gefängnis, weil er 2014 auf Facebook gegen Flüchtlinge und Juden gehetzt und zu Gewalt und Mord aufgerufen hatte. Doch der Angeklagte hat Revision eingelegt, der Fall wird jetzt vom Oberlandesgericht Bamberg verhandelt.



IM INTERNET

Ist die AfD eine Internetpartei?

Neonazis und andere Rechtsextreme nutzen das Internet, seit es existiert. In der Grauzone zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ist eine Internetszene gewachsen, die die AfD von Anfang an massiv unterstützt hat. Doch ist die AfD eine Internetpartei? Simone Rafael von der Antonio-Amadeu-Stiftung beschreibt auf dem DGB-Debattenportal Gegenblende, wie die Partei gezielt Empörung im Netz generiert.

www.gegenblende.dgb.de/-/hEl

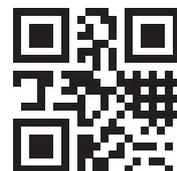


TIPPS UND LINKS

Hetze entlarven

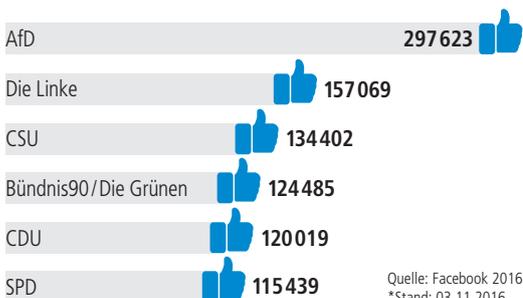
GewerkschafterInnen werden auf Facebook gezielt von Rechten attackiert. Die Spannweite der Attacken ist groß: Von der Schmähdikritik bis zum Mordaufruf. Doch wie verhält man sich? Wo gibt es Rat? Der DGB hat Links, Tipps und Hinweise zusammengestellt.

www.dgb.de/-/h0y



Realität oder Fake?

„Likes“ für politische Parteien auf Facebook*



Kann eine junge Partei wie die AfD mehr „Likes“ haben als CDU, SPD, Linke und Grüne? Analysen zeigen: Wenige hyperaktive AfDler und Pegida-Anhänger haben massiven Einfluss auf den Facebook-Algorithmus und verzerren die Realität.

10 JAHRE MOBIFAIR

Der Verein für fairen Wettbewerb in der Mobilitätswirtschaft „mobifair“ feiert dieses Jahr sein zehnjähriges Bestehen. Der Verein, dem die EVG angehört, setzt sich für Arbeitnehmerrechte und faire Sozialbedingungen in der Verkehrswirtschaft ein. Seit Dezember 2015 hat mobifair eine Dumpinglohn-Hotline geschaltet, um Verstöße gegen Tarif- und Sozialstandards im Straßen- und Schienenverkehr zu melden (0800-mobifair / 0800-66243247). Die EVG unterstützt die Aktion. www.mobifair.eu

BREXIT TRIFFT REALITÄT

Hat der Brexit juristische Konsequenzen für Europäische Betriebsräte? Verlieren britische EBR-Mitglieder ihr Mandat? Die EWC Academy, die Akademie für Europäische Betriebsräte, hat die wichtigsten Informationen in einem Online-Dossier zum Brexit zusammengestellt. Darin werden auch verschiedene Szenarien für einen britischen EU-Austritt durchgespielt. Auch auf der EBR-Fachtagung im Januar 2017 in Hamburg wird der Brexit Thema sein. www.ewc-academy.eu

DGB-KALENDER

Auch 2017 informiert der DGB-Taschenkalender kurz, präzise und aktuell über wichtige Politikfelder, Themen-schwerpunkte, Geschichte und Projekte des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Außerdem gibt es ein übersichtliches Kalendarium und einen umfangreichen Adressteil mit allen relevanten Kontakten zu Gewerkschaften sowie zu gewerkschaftsnahen Institutionen und Organisationen. www.dgb-bestellservice.de



Whistleblower schützen

HinweisgeberInnen, die illegale Aktivitäten offenlegen, nehmen oft hohe persönliche Risiken – für ihre Arbeit und ihr Leben – in Kauf. Doch obwohl sie für ihren Mut oft einen hohen Preis zahlen, sind sie in der EU nur unzureichend rechtlich geschützt. Die europäische online-Plattform „Whistleblowerprotection.eu“, zu deren Initiatoren der DGB und der Europäische Gewerkschaftsbund gehören, will das ändern. Schließlich profitiert die Öffentlichkeit vom individuellen Einsatz der InformationsgeberInnen.

„Whistleblowerprotection.eu“ fordert die Europäische Kommission, den Europäischen Rat und das Europäische Parlament auf, europaweite Schutzrechte für Whistleblower zu schaffen. Für die Gewerkschaften ist



**WHISTLEBLOWER
PROTECTION.EU**

klar: die EnthüllerInnen retten Leben, Umwelt und öffentliche Gelder. Esther Lynch, politische Sekretärin beim EGB, sieht in der geplanten Europäischen Säule sozialer Rechte (s. Seite 5) eine Möglichkeit, Maßnahmen zu ergreifen, „damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Missstände ohne Angst vor Vergeltungsmaßnahmen melden können und mit dem Wissen, dass ihnen zugehört wird“. Die Petition kann online unterzeichnet werden. www.whistleblowerprotection.eu

Toolbox für wirtschaftliche Unabhängigkeit



Das DGB-Projekt „Was verdient die Frau? Wirtschaftliche Unabhängigkeit!“ hat eine online-Toolbox für InteressenvertreterInnen entwickelt. Sie bietet hilfreiches Material, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen im Betrieb oder in der Verwaltung zu fördern – wie Musterbetriebsvereinbarungen, Präsentationen,

Argumentationshilfen und Informationen zu rechtlichen Handlungsmöglichkeiten.

„Jetzt muss nur noch gehandelt werden“, sagt die neue Projektleiterin Hanna Wolf. Im Oktober ist das DGB-Projekt in die zweite Phase gestartet. Bis 2018 werden die bereits erarbeiteten Projektinhalte angewendet. Mit weiteren Sensibilisierungs- und Kommunikationsprozessen will das Projekt die wirtschaftliche Unabhängigkeit stärker in den politischen und betrieblichen (Handlungs-)Fokus rücken. Die inhaltlichen Schwerpunkte sind der Übergang von der Ausbildung in den Beruf und der Wiedereinstieg nach der Familienphase – als zentrale Meilensteine für eine selbstbestimmte Erwerbsbiographie. www.was-verdient-die-frau.de

Gelbe Hand

GEGEN FREMDENHASS

Der gewerkschaftliche Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ – der in diesem Jahr sein 30-jähriges Bestehen feiert – ruft junge Menschen auf, sich zu bewerben. Mit seinem Preis „Die Gelbe Hand“ werden junge GewerkschafterInnen, SchülerInnen an Berufsschulen und Auszubildende in Betrieben und Verwaltung ausgezeichnet, die sich besonders gegen Rassismus engagieren. Die Wettbewerbsbeiträge sollen ein kreatives Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für ein solidarisches Miteinander in der Arbeitswelt setzen. Ob Kurzfilm, Fotostory oder Ausstellung – die Form ist den TeilnehmerInnen überlassen. Einsendeschluss ist der 15. Januar 2017. www.gelbehand.de



NEUES HAUS DER ARBEIT

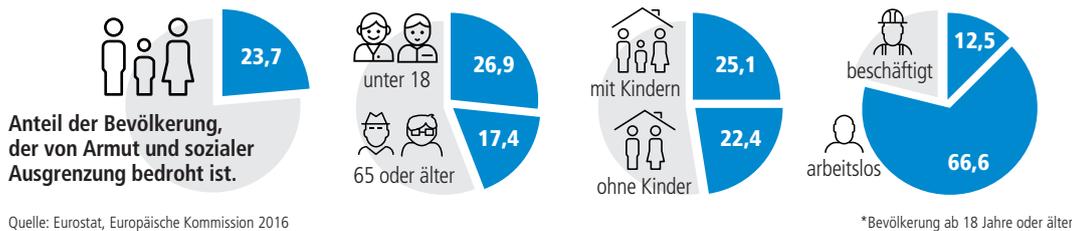
Unter einem Dach können Studierende in Zukunft im House of Labour an der Universität Frankfurt lernen und leben. Die Europäische Akademie der Arbeit (EAdA), die seit 1921 Berufstätigen ein wissenschaftliches Studium ermöglicht, und die Academy of Labour bieten seit Oktober 2016 Weiterbildungs- und Studiengänge in einem Haus an. Ziel ist es, die EAdA, die vom DGB mitgetragen wird, als Ausbildungsstätte für den gewerkschaftlichen Nachwuchs zu stärken und sie zu einem Ort der arbeitnehmerorientierten Lehre und Forschung auszubauen. Der 11-monatige Lehrgang der EAdA wird um zertifizierte Weiterbildungsmodulare ergänzt. Zusätzlich gibt es seit Oktober 2016 ein Bachelor „Personal und Recht“ an der Academy of Labour, für den sich auch AbsolventInnen der EAdA einschreiben können. Ein Masterstudiengang ist in Planung. www.aol.uni-frankfurt.de

Europa: Weichen richtig stellen

In seiner Antrittsrede versprach EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ein „soziales Triple-A“-Rating für Europa. Die EU-Kommission will mit der „Europäischen Säule sozialer Rechte“ eine neue Initiative starten, um die soziale Dimension Europas zu betonen. Doch der erste Entwurf ist aus Sicht des DGB enttäuschend.

Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung in der EU

(2015, in Prozent)



Die Situation

Europa ist in einem schlechten Zustand. Nach Wirtschaftskrise und Brexit-Votum bröckeln die Fundamente des europäischen Zusammenhaltes. Dass sich die EU wieder stärker auf soziale Sicherung konzentrieren muss, hat auch die EU-Kommission um Präsident Juncker erkannt. Im September 2015 kündigte er in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament eine Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) an. Im März 2016 stellte die EU-Kommission ihren ESSR-Entwurf vor und eröffnete Konsultationen, die bis 31. Dezember laufen. Die Ergebnisse sollen in das Weißbuch zur Vertiefung der Währungs- und Wirtschaftsunion einfließen.

Das will die Kommission

Der „erste vorläufige Entwurf“ der Kommission enthält allgemeine Empfehlungen. Obwohl vieles vage bleibt, wird deutlich, dass die EU-Kommission an ihrer bisherigen neoliberalen Deregulierungsagenda festhält. Die Kommission hält ausdrücklich am Flexicurity-Konzept fest, das den Arbeitgebern ein hohes Maß an Flexibilität garantiert. „Flexible Beschäftigungsbedingungen“ werden als Türöffner für den Arbeitsmarkt bezeichnet. Die Kommission sieht nur eine beschränkte Wirkung für die ESSR vor: Der rechtliche und soziale Besitzstand („Acquis“) der EU bleibt unangetastet. So soll die ESSR nur für die Euro-Zone gelten, andere EU-Staaten können sich aber anschließen.

Das fordert der DGB

Der DGB fordert die Kommission in einer Stellungnahme auf, den Stillstand im sozialen Bereich zu überwinden. Bisher hat die Kommission die selbst geweckten Erwar-

tungen aber nicht erfüllt. Für den DGB ist klar: Rechtlich verbindliche Regelungen sind notwendig, um bestehende Mindeststandards auszubauen und neue soziale Rechte zu schaffen.

Zwar begrüßt der DGB, dass die ESSR die soziale Aufwärtskonvergenz fördern soll, d.h. sich an den höchsten bestehenden Standards orientiert. Der Entwurf greift aber zu kurz. Die Wirtschaftspolitik dürfe sich nicht länger auf Haushaltskonsolidierung und Lohndruck fokussieren. Der DGB fordert, das „Flexicurity-Konzept“ endgültig aufzugeben. Stattdessen müssen kollektive Rechte wie Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie, das Streikrecht und der soziale Dialog gestärkt werden. „Nichts von dem findet sich im Entwurf der Kommission“ kritisiert der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Er fordert, den sozialen Acquis weiterzuentwickeln – besonders in den Handlungsfeldern „Gute Arbeit“, „starke Tarifsysteme und Sozialpartner, gerechte Löhne“ und „Besserer Sozialschutz“.

Das wollen die anderen

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat sieben zentrale Punkte formuliert: Soziale Rechte müssen über wirtschaftliche Freiheiten stehen; die soziale Aufwärtskonvergenz garantiert und qualitativ hochwertige Jobs geschaffen werden. Ziel muss es sein, die sozialen Schutzrechte überall in Europa zu verbessern.

Das Europäische Gewerkschaftsinstitut (ETUI) bewertet in einer Studie den ESSR-Entwurf als „mangelhaft“. An die Stelle verbindlicher Rechte und Vorschriften sind weichere Formulierungen getreten, dies könnte sogar zu Rückschritten für das soziale Europa führen.

Maria Rodrigues, Berichterstatterin des Europa-Parlaments für die ESSR, fordert, die sozialstaatlichen Strukturen an den Demografiewandel, die Digitalisierung und Globalisierung anzupassen. Die ESSR dürfe nicht nur eine „Erklärung guter Absichten“ sein, sondern müsse rechtlich und finanziell verbindlich sein.

DER DGB FORDERT

Eine ESSR für die gesamte EU, nicht nur den Euroraum

Das Prinzip der sozialen Aufwärtskonvergenz

Klare Zielvorgaben für die ESSR

Neue Balance zwischen sozialen Rechten und wirtschaftlichen Grundfreiheiten

Abkehr vom Flexicurity-Ansatz

Stärkung kollektiver Rechte wie Tarifautonomie, Streikrecht und sozialer Dialog

Ausreichende Finanzierung durch Zukunfts- und Investitionsprogramm (Marshall-Plan)



RECHERCHE PACKAGE

Alle genannten Entwürfe, Stellungnahmen und Studien zur ESSR gibt es im Netz.

www.dgb.de/-/hZj



So geht es weiter

Im Januar 2017 präsentiert die EU-Kommission die Ergebnisse des Konsultationsprozesses.

Am 7. und 8. Februar 2017 lädt der DGB zu einer Konferenz zur Zukunft des sozialen Europas in Berlin ein.

Im März 2017 feiert der Europäische Rat den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Dabei will Ratspräsident Donald Tusk eine „Roadmap“ für die Zukunft Europas vorstellen.

Im April 2017 präsentiert die EU-Kommission ihr Weißbuch zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion.

DIGITALISIERUNG BRAUCHT REGELN

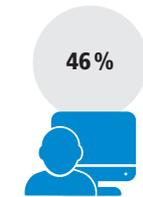
Eine deutliche Mehrheit der Beschäftigten sieht die eigene Arbeit durch digitale Technologien beeinflusst. Das belegen die Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit zum Thema Digitalisierung und Arbeitsqualität. Rund 46 Prozent der rund 10 000 Befragten geben an, dass die Arbeitsbelastung größer geworden ist. Gestiegen ist aus ihrer Sicht sowohl die Arbeitsmenge als auch die Anforderung, mehrere Aufgaben gleichzeitig zu erledigen. Zudem sehen sie mehr Möglichkeiten für Arbeitgeber, die Arbeitsleistung überwachen und kontrollieren zu lassen.

Größere, positive Effekte auf die Work-Life-Balance attestieren 21 Prozent der Beschäftigten. Allerdings: Fast drei Viertel haben keinen oder nur geringen Einfluss darauf, wann und wie neue Technologien eingesetzt werden. Insgesamt 45 Prozent der Beschäftigten, die von der Digitalisierung betroffen sind, arbeiten sehr häufig oder oft mit dem Gefühl, der digitalen Technik ausgeliefert zu sein. Der DGB-Index Gute Arbeit zeigt auch: wo es Beteiligungsmöglichkeiten gibt, ist dieser Anteil geringer. Es werde höchste Zeit, neue Regeln für die Digitalisierung in der Arbeitswelt zu finden, fordert der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. „Denn sonst verspielen die Arbeitgeber einen großen Vertrauens-

vorschuss, den die Umfrage ebenfalls gezeigt hat: Eine deutliche Mehrheit der Beschäftigten sieht die eigene Arbeit als wichtigen Beitrag für den Betrieb und die Gesellschaft, 86 Prozent identifizieren sich mit ihren Aufgaben“, so Hoffmann.

www.dgb.de/-/h2R

Mehr Belastung, kaum Mitbestimmung



... der Beschäftigten geben an, dass ihre **Arbeitsbelastung durch die Digitalisierung größer** geworden ist.



... der Beschäftigten, deren Job durch digitalen Wandel beeinflusst ist, haben keinen oder **nur geringen Einfluss** auf den Einsatz der digitalen Technik am Arbeitsplatz.

Quelle: DGB-Index Gute Arbeit 2016

BETRIEBE ALS LERNORTE

Die Plattform „Digitale Arbeitswelt“ hat ihre Empfehlungen zur beruflichen Weiterbildung vorgelegt. Das Gremium unter Leitung von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) und dem Ersten Vorsitzenden der IG Metall Jörg Hofmann rät, gezielt in Weiterbildung zu investieren, um

Produktivitätsfortschritte durch digitale Technik zu nutzen. Ziel sei es, die „betrieblichen, individuellen, tariflichen und staatlichen Weiterbildungsaktivitäten“ weiterzuentwickeln. Betriebe müssten noch stärker zu Lernorten werden. Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute sollen eng eingebunden werden.

www.bit.ly/bmas_emp



Ticker

Personalnot in Krankenhäusern



ver.di hat eine bundesweite Tarifbewegung gestartet, um Beschäftigte in Krankenhäusern zu entlasten. Die Gewerkschaft fordert mehr Personal, verlässliche Arbeitszeiten und einen Belastungsausgleich. Bundesweit fehlen laut ver.di rund 162 000 Stellen in Krankenhäusern. In allen Berufsgruppen der Krankenhäuser sei mehr Personal nötig, um eine gute Versorgung der Patienten gewährleisten zu können. Erster Schwerpunkt der Tarifbewegung sind die Krankenhäuser im Saarland. www.bit.ly/verdi_kr_entl

Klimaziele und Beschäftigung



Der Erste Vorsitzende der IG Metall Jörg Hofmann hält eine CO₂-Reduzierung von 1,5 Prozent pro Jahr bis 2030 für machbar. „Gleichzeitig müssen wir die Marktdurchdringung mit elektrischen Fahrzeugen vorantreiben. Jeder Prozentpunkt mehr verkaufte Fahrzeuge bedeutet eine weitere CO₂-Minderung“, so Hofmann. www.bit.ly/igm_co2_auto

Erfolg bei Personalratswahlen



Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner hat auf dem kleinen EVG-Gewerkschaftstag die Erfolge der EVG bei den Personalratswahlen 2016 gelobt. So konnte die Gewerkschaft ihr Wahlergebnis im Vergleich zur letzten Wahl bei der Deutschen Bahn AG um 3,3 Prozent auf 76,3 Prozent steigern. Kirchner: „Das zeigt: Wir brauchen keinen Beamtenbund, die EVG ist die beste Interessenvertretung der Beamtinnen und Beamten.“ www.bit.ly/evg_erfolg



MEHR SCHUTZ FÜR BAUARBEITER IN KATAR

Für tausende Bauarbeiter auf WM-Baustellen in Katar verbessern sich voraussichtlich die Arbeitsbedingungen. Ein Abkommen der Internationalen Vereinigung der Bauarbeiter-Gewerkschaften (BHI) mit dem WM-Ausschuss in Katar sieht künftig Arbeitsschutz-Inspektionen auf den Stadion-Baustellen vor. „Lange haben wir auf die gefährlichen Arbeitsbedingungen auf den WM-Baustellen und die unzureichenden Zustände in Unterkünften der Bauarbeiter aufmerksam gemacht. Mit diesem Abkommen bekennen sich die Beteiligten zu ihrer Verantwortung“, sagte der stellvertretende IG BAU-Vorsitzende Dietmar Schäfers, der zugleich Vizepräsident des BHI ist.

Das Abkommen sieht vor, dass neben den Baustellen auch die Unterkünfte der Bauarbeiter untersucht werden dürfen. Zudem sind Schulungen zu den Themen Gesundheit und Sicherheit geplant. Eine Arbeitsgruppe soll das Vorgehen organisieren und koordinieren. In der Vergangenheit machten Todesfälle auf WM-Baustellen und unzumutbare Unterkünfte von Bauarbeitern Schlagzeilen. Seit langem kritisieren IG BAU und BHI gefährliche und zum Teil menschenunwürdige Zustände für Bauarbeiter, die Stadien und Sportstätten für internationale Turniere errichten.



DER BANKENLOBBY TROTZEN

Für den DGB bleibt die Regulierung des Finanzsystems eine „zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung unserer Zeit“. In einer Stellungnahme an die EU-Kommission skizziert der DGB, wie das europäische Finanzsystem sicherer und stabiler werden kann. Unter anderem kritisieren die Gewerkschaften, dass bereits beschlossene Regeln auf Druck der Finanzbranche verwässert oder zeitlich hinausgezögert werden. Der Regulierungseifer nach der Krise sei ins Stocken geraten.

Stattdessen sollen etwa Verbriefungen im Rahmen der Kapitalmarktunion wieder belebt werden. Diese Produkte standen im Zentrum der schweren Finanzkrise vor acht Jahren. Risiken im Bankenmarkt würden wieder zunehmen, warnt der DGB. Um die Stabilität des Finanzmarkts zu verbessern, bedürfe es einer „breit angelegten, gut diversifizierten, regional geprägten Bankenlandschaft mit ausreichend kapitalisierten Banken“. Zudem sollen Instrumente, die die Widerstandsfähigkeit von Finanzinstituten stärken, weiter entwickelt werden. Der DGB fordert: Regulierungsbehörden dürfen nicht auf Druck der Bankenlobby einknicken und sich vom bereits eingeschlagenen Weg abbringen lassen.

www.dgb.de/-/hCM

Die Retter des Kapitalismus

Die Gewerkschaften sind die Retter des Kapitalismus. Sie waren es in der Vergangenheit – und müssen es auch in Zukunft sein. Nur den Gewerkschaften ist zu verdanken, dass neue Produkte entstehen und die Wirtschaft nicht in einer Dauerkrise feststeckt, stellt taz-Korrespondentin Ulrike Herrmann fest.

DEBATTENREIHE **Zukunft der Gewerkschaften**



ULRIKE HERRMANN

ist Wirtschaftskorrespondentin der *tageszeitung* (taz). Sie ist ausgebildete Bankkauffrau und hat Geschichte und Philosophie an der FU Berlin studiert. Ihr neuestes Buch heißt „Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung. Was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können“ (Westend 2016)

Diese These mag kühn wirken, daher lohnt sich ein Abstecher in das 19. Jahrhundert, als die Gewerkschaft noch nicht zugelassen waren. Die Wirtschaft wuchs auch damals schon, doch vom neuen Reichtum kam bei den Proletariern nichts an. Die Arbeiter waren mangelernährt und starben früh. Wäre es bei diesem Massenleiden geblieben, hätte sich der Kapitalismus schon im 19. Jahrhundert erledigt und wäre nicht über die Eisenbahn hinausgekommen. Ob Smartphones, Waschmaschinen oder Fernseher: Sie wären nie erfunden worden, denn es muss Millionen von Kunden geben, die sich diese Annehmlichkeiten leisten können.

Für diesen Massenkonsum haben die Gewerkschaften gesorgt. Ihnen ist es ab 1880 gelungen, höhere Reallöhne durchzusetzen. Den damaligen Gewerkschaften war es nicht bewusst, aber sie retteten nicht nur ihre Mitglieder aus der Not – sondern auch den Kapitalismus.

Ohne steigende Löhne wäre der heutige Kapitalismus nicht denkbar, denn inzwischen machen Konsumerzeugnisse 75 Prozent der Wirtschaftsleistung aus. Erst die enorme Nachfrage seitens der Arbeitnehmer hat neue Produkte und neue Wachstumsschübe ermöglicht, die durch den Lebensstil der Wohlhabenden allein nie ausgelöst worden wären. Wie der Historiker Eric Hobsbawm es zusammenfasst: „Es war nicht der Rolls-Royce, sondern das T-Modell von Ford, das die Automobilindustrie revolutioniert hat.“

Der Konsum treibt den Kapitalismus an, doch ist niemals gesichert, dass die Löhne tatsächlich hoch genug sind, um mit dem Güterausstoß mitzuhalten. Ausgerechnet das Wachstum produziert Probleme: Wohlstand kann es nur geben, wenn technischer Fortschritt die Produktivität steigert. Doch diese permanente Effizienzrevolution bringt das Gleichgewicht zwischen Löhnen und Gewinnen durcheinander, was dann in die Krise führt. Der technische Fortschritt macht den Wohlstand möglich – und ist gleichzeitig seine größte Bedrohung.

Dieses Risiko wird meist völlig unterschätzt. Gerade Kapitalisten neigen dazu, den Kapitalismus nicht zu verstehen – und starke Gewerkschaften für eine Gefahr, statt einen Segen zu halten. Wieder bietet sich ein historischer Ausflug an, diesmal ins 20. Jahrhundert, um zu illustrieren, wie riskant es ist, wenn die Löhne nicht mit der Produktivität steigen.

Zwischen 1919 und 1929 legte die Produktivität in den USA pro Industriearbeiter um 43 Prozent zu, so dass also jeder Beschäftigte fast 1,5-mal so viele Waren herstellen konnte wie noch ein Jahrzehnt zuvor. Um eine Überproduktion zu vermeiden, hätten die Löhne steigen müssen, damit die Arbeiter diese Flut an neuen Gütern hätten kaufen können. Doch wie dieser doppelte Kon-

junktiv ausdrückt, passierte das Gegenteil: Die Unternehmer freuten sich, dass ihre Kosten sanken, und nahmen die Extragewinne gern mit. Die Löhne hingegen stiegen kaum, so dass es bald zu einer Absatzkrise kam.

Spätestens ab 1927 gab es für die Fabrikanten nur noch einen Ausweg: die Spekulation. Das Ergebnis ist bekannt. An einem „schwarzen Freitag“ im Oktober 1929 brach die Börse an der Wall Street ein, und es begann eine Weltwirtschaftskrise, die unter anderem Hitler an die Macht spülte.

Leider wurde aus dieser Erfahrung nicht gelernt. Stattdessen ist erneut weltweit zu beobachten, dass die Reallöhne hinter der Produktivität zurückbleiben und

Der Kapitalismus hat keine Zukunft ohne Gewerkschaften

dass das Wachstum allein den Eliten zugute kommt. In den USA steigen die mittleren Reallöhne seit 1975 nicht mehr, in Deutschland stagnieren sie seit 2000.

Das Jahr 1929 scheint sich zu wiederholen. Sowohl politisch wie ökonomisch. In den USA hat der Rechtspopulist Donald Trump die Wahlen gewonnen, indem er die Frustrierten hinter sich scharte – und auch die Crashes häufen sich. In nur zehn Jahren ist es zu drei schweren Finanzkrisen gekommen. 2001 platzte die Internetblase, 2007 rollte die Finanzkrise aus den USA heran, und seit 2010 ist die Eurokrise akut. Das ist ein Novum. Noch nie ist es in der Geschichte Europas vorgekommen, dass sich drei Finanzkrisen in einem einzigen Jahrzehnt entluden.

Es wäre zu einfach, diese Finanzkrisen allein darauf zurückzuführen, dass die Banken dereguliert wurden. Genauso fatal ist es, dass sich echte Investitionen kaum noch lohnen, weil die Reallöhne stagnieren und die Nachfrage fehlt. Also wird in die virtuellen Scheinwelten der Finanzmärkte „investiert“.

Die Gewerkschaften selbst können an diesem Missstand kaum noch etwas ändern. Denn sie wurden in den vergangenen Jahrzehnten entmachtet, was in jedem Land anders verlief – und in Deutschland ausgerechnet Rot-Grün anzulasten ist. Denn die Hartz-Reformen bedeuten, dass ein Jahr Arbeitslosigkeit reicht, um in die Armut abzurutschen. Dieses Wissen macht die Beschäftigten erpressbar. Sie sind zu jedem Lohnverzicht bereit, um ihre Jobs zu retten. Produktivitätsfortschritt? Diese gesamtwirtschaftliche Sicht kann keine Bedeutung mehr haben, wenn nur noch das Überleben des eigenen Betriebes zählt. Das ist fatal. Denn der Kapitalismus hat keine Zukunft ohne seine Retter – die Gewerkschaften.



Eine ausführliche Version von Ulrike Herrmanns Beitrag zur Zukunft der Gewerkschaften steht online auf GEGENBLENDE – dem DGB-Debattenportal. In der gleichnamigen Debattenreihe schreiben AutorInnen, welche Erwartungen, Wünsche und Hoffnungen sie an die Gewerkschaften haben.

www.gegenblende.dgb.de/-/hWJ

KAPITALISMUS NEU DENKEN

Warum sind die Reichen reich und die Armen arm? Wie entsteht Arbeitslosigkeit? Solche Ur-Fragen der Ökonomie kann die heutige Wirtschaftswissenschaft nicht befriedigend beantworten, schreibt die taz-Wirtschaftskorrespondentin Ulrike Herrmann in ihrem Buch „Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung“. Darin hält Herrmann der neoliberalen Lehre die Klassiker der Ökonomie entgegen: Smith, Marx und Keynes. Dabei kommt sie zu interessanten Ergebnissen: Wie hoch die Beschäftigung ist, hängt davon ab, ob Investoren in die Realwirtschaft und damit in Arbeitsplätze investieren – oder es vorziehen, mit Derivaten zu zocken. Und wer wie viel verdient, ist keine Frage von Nützlichkeit, sondern von Macht. Herrmanns Buch ist packend und eröffnet auch Nichtökonominnen einen faszinierenden Blick auf Wirtschaft – jenseits von Dogmen und Schulweisheiten. <http://bit.ly/2djNYyC>



„Die Wahl ist vorbei. Doch wir sind entschlossener denn je, der arbeitenden Bevölkerung am Arbeitsplatz und in der Demokratie eine Stimme zu geben.“



Richard Trumka, Vorsitzender des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO, zum Ausgang der US-Präsidentenwahl.

Das ganze Statement gibt es hier: www.dgb.de/-/hZr



Das steht an...

6. Dezember

Der DGB und die Friedrich-Ebert-Stiftung laden zur Konferenz „50 Jahre UN-Sozialpakt“ in Berlin ein. Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte – kurz UN-Sozialpakt – bildet gemeinsam mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 die Grundlage des Menschenrechtsschutzes durch die Vereinten Nationen.

Tagungsprogramm: www.bit.ly/50Jahre_Sozialpakt

Anmeldung: Lena.Schill@fes.de

13. Dezember

Auf der familienpolitischen Tagung des DGB geht es um „Mehr Arbeitszeitsouveränität durch Partnerschaftlichkeit – Neue Optionen für eine gerechte Arbeitszeitverteilung“. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann und Gäste aus Wissenschaft, Politik und betrieblicher Praxis diskutieren, wie Arbeitszeiten familienbewusster gestaltet werden können. www.familie.dgb.de/-/V8I

18. Januar

Rund 7,5 Millionen Menschen sind in Deutschland in Minijobs tätig, 5 Millionen von ihnen sind ausschließlich geringfügig beschäftigt. Auf der Tagung „Wie weiter mit den Minijobs?“ stellt der DGB seine Vorschläge zur Neuordnung der geringfügigen Beschäftigung vor. Mit Blick auf den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, der Anfang 2017 erscheinen soll, und die Bundestagswahl 2017 stellt der DGB Lösungsmöglichkeiten für Minijobs in Betrieben und in Privathaushalten vor.

www.dgb.de/-/hn2



Personalia

GUY RYDER,

60, ist als Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wiedergewählt worden. Der ILO-Verwaltungsrat stimmte Anfang November in Genf mehrheitlich für den Briten. Seine zweite, fünfjährige Amtszeit beginnt im Oktober 2017. Bevor er 2012 zur ILO wechselte, war Ryder von 2006 bis 2012 Generalsekretär des neu gegründeten Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

KARIN HESSE,

56, ist neues Mitglied im ver.di-Bundesvorstand. Sie ist für die Bereiche Informationstechnik, Organisationservice, Organisationsentwicklung und Personal zuständig. Hesse war seit 2011 Leiterin des ver.di-Landesbezirks Nord. Der ver.di-Gewerkschaftsrat hat sie Ende September mit 86,8 Prozent der Stimmen in den Bundesvorstand gewählt.

Fundsache



Die MünsteranerInnen haben in einem Bürgerbegehren gegen verkaufsoffene Adventssonntage gestimmt.

LASST DEN SONNTAG IN RUHE!

Mit 52,8 Prozent haben die MünsteranerInnen Anfang November zusätzliche verkaufsoffene Sonntage in ihrer Stadt abgelehnt. Sie folgten damit dem Aufruf der Bürgerinitiative „Freier Sonntag Münster“, die von ver.di, der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) und der katholischen Kirche getragen wird. Die Wahlbeteiligung lag bei 22,4 Prozent – das erforderliche Quorum wurde damit erfüllt. Insgesamt sprachen sich rund 29 000 gegen die zusätzlichen Einkaufszeiten aus. Damit ist der Ratsbeschluss über Ladenöffnungen am 1. und 2. Advent sowie zwei weiteren Sonntagen pro Jahr, der bis 2019 gelten

sollte, gekippt. Er war mit den Stimmen von CDU, Grünen und FDP beschlossen worden. Die Gegner der Sonntagsöffnungen befürchten eine zunehmende Entgrenzung von Arbeits- und Freizeit. Insgesamt sehen sie vor allem Nachteile für die Beschäftigten des Einzelhandels, die oft keinen finanziellen Ausgleich für die Arbeit am normalerweise freien Wochentag erhalten. Gaby Beuing, Gewerkschaftssekretärin bei ver.di im Münsterland, lobte die gemeinsame Initiative: „Es hat sich gezeigt, dass ein breites Bündnis wie ‚Freier Sonntag Münster‘ gemeinsam viel bewegen kann“. Es war bundesweit der erste Bürgerentscheid über verkaufsoffene Sonntage.



FAIR IN DEN URLAUB

Schon bald steht für viele ArbeitnehmerInnen die Urlaubsplanung 2017 an. Dutzende Portale helfen bei der Suche nach dem passenden Hotel oder dem Ferienhaus – allerdings geht es dabei stets um die günstigsten Angebote, faire Arbeitsbedingungen der Beschäftigten spielen keine Rolle. Damit soll Schluss sein. Die internationale Initiative „Fair Hotel“ hat nun Webseiten und Apps initiiert, mit denen man Unterkünfte suchen kann, die faire Arbeitsbedingungen für Hotelangestellte und Co. garantieren. Bisher gibt es Plattformen für Irland, Dänemark, Kroatien, Schweden und die USA. Die Links gibt es unter: www.dgb.de/-/hzu



POSTKARTE OHNE BRIEFMARKE?

Wer kennt das nicht? Die Postkarte ist geschrieben, aber eine Briefmarke ist nicht aufzutreiben. Dieses Problem gehört für Smartphone-Besitzer der Vergangenheit an. Voraussetzung, die App der Deutschen Post ist installiert. Mit der Funktion „Handyporto“ kann ein kurzer Code generiert werden, der dann per SMS zugesandt wird. Die Zahlenfolge trägt man dann rechts oben auf den Brief oder die Postkarte ein. Das „Handyporto“ für Postkarten beträgt aktuell 85 Cent und für Standardbriefe 1,10 EUR – also etwas teurer als die herkömmliche Variante. Hinzu kommen die SMS-Kosten des Providers. Bei der Suche nach dem nächsten Briefkasten hilft die App ebenfalls. Sie ist für Android und Apple erhältlich.



Debatte auf Twitter zu den Arbeitsbedingungen in der Plattform-Ökonomie.

Illustrationen: colourbox

SICHERE E-MAIL-DIENSTE

Mehr als 500 Milliarden E-Mails haben deutsche InternetnutzerInnen 2015 versendet. 97 Prozent der E-Mail-NutzerInnen geben an, dass Sicherheit und Schutz der persönlichen Daten für sie bei der Wahl des Anbieters oberste Priorität haben. Spätestens seit Edward Snowden ist allerdings bekannt: Unverschlüsselte E-Mails sind leichte Beute für Geheimdienste und andere Datenkraken. Dabei gibt es alternative E-Mail-Dienste, die Datenschutz ernstnehmen. SmartUnion stellt die beiden Testsieger der Stiftung Warentest vor.

● = sehr gut ● = befriedigend ● = mangelhaft

mailbox.org: Testsieger mit sozialem Gewissen

Unter dem Motto „Damit Privates privat bleibt“ bietet das Berliner Unternehmen Heinlein Support GmbH seinen E-Mail-Dienst mailbox.org an. Für einen monatlichen Preis von einem Euro gibt es eine E-Mail-Adresse und zwei Gigabyte Speicherplatz sowie drei Alias-Adressen. NutzerInnen können den Account einen Monat lang kostenlos testen. Zudem bietet mailbox.org einen Kalender, ein Adressbuch und eine Aufgabenverwaltung. Die Kunden erhalten einen eignen Cloudspeicher, in dem Dokumente abgelegt und bearbeitet werden können. Das Unternehmen bekennt sich zu seiner ökologischen Verantwortung und sichert zudem zu, dass Überstunden abgebummelt und nicht als selbstverständlich in Kauf genommen werden. Der Dienst ist werbefrei. Der Vertrag kann mit einer Frist von vier Wochen gekündigt werden. Von der Stiftung Warentest erhielt der Mailbox.org im Oktober 2016 eine Durchschnittsnote von 1,4. Für den Bereich Schutz und Sicherheit gab es eine 1,0. <https://mailbox.org/>

Datenschutz ● Bedienung ● Nutzen ●

Posteo: Sichere Daten, ökologisch wertvoll

Seit 2009 bietet das Berliner Unternehmen Posteo seinen gleichnamigen E-Mail-Dienst an. Für einen Euro im Monat gibt es eine E-Mail-Adresse samt zwei Gigabyte großen Speicher. Kalender und Adressverzeichnis stehen zur Verfügung. Herzstück des Services ist das umfassende Verschlüsselungs- und Datenschutzkonzept. Mit einem Klick können alle im Postfach gespeicherten Daten verschlüsselt werden. „Wir erheben weder Bestandsdaten, noch verfügen wir über Verkehrsdaten (wie IP-Adressen) mit Postfachbezug“, heißt es auf der Homepage. Die Server werden mit Ökostrom gespeist. Allerdings gibt es keinen Cloudspeicher für Dateien. Posteo wurde im Oktober 2016 als einer von zwei Testsiegern der Stiftung Warentest als sicherer E-Mail-Dienst bewertet. Der Notendurchschnitt lag bei 1,4, für den Bereich Schutz und Sicherheit vergaben die TesterInnen die Note 1,1. Die Berliner Datenschutzbeauftragte empfahl den Dienst in ihrem Jahresbericht 2015. <https://posteo.de>

Datenschutz ● Bedienung ● Nutzen ●/●

Mehr Infos: www.dgb.de/-/hZ8

Fristlose Kündigung

FÜR LKW-FAHRER SIND DROGEN TABU

Ein Berufskraftfahrer darf seine Fahrtüchtigkeit nicht durch die Einnahme von Substanzen wie Amphetamin oder Crystal Meth gefährden. Ein Verstoß gegen diese Verpflichtung kann die fristlose Kündigung seines Arbeitsverhältnisses rechtfertigen. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Droge vor oder während der Arbeitszeit konsumiert wurde.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 20. Oktober 2016 - 6 AZR 471/15

Fristlose Kündigung

HITLERGRUSS IST NICHT HINNEHMBAR

Wer einen Arbeitskollegen im Betrieb mit dem Hitlergruß beleidigt, riskiert eine fristlose Kündigung. Denn diese Geste stellt ein nationalsozialistisches Kennzeichen dar, das in einem Arbeitsverhältnis nicht hingenommen werden muss. Dies gilt umso mehr, wenn man noch die Aussage hinzufügt „Du bist ein Heil, du Nazi“. Hierdurch wird der Adressat grob beleidigt.

Arbeitsgericht Hamburg,
Urteil vom 20. Oktober 2016 - 12 Ca 348/15

Arbeitsunfähigkeit

DEM BETRIEB FERN BLEIBEN

Ein arbeitsunfähig erkrankter Arbeitnehmer ist nicht verpflichtet, im Betrieb zu erscheinen. Er muss also nicht einer Anweisung des Arbeitgebers folgen, im Betrieb an einem Gespräch zur Klärung der weiteren Beschäftigungsmöglichkeit teilzunehmen.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 2. November 2016 - 10 AZR 596/15

EU-Abgeordnete

DEUTSCHE RENTE WIRD GEKÜRZT

Ein Mitglied des Europäischen Parlaments, das als Abgeordneter eine Entschädigung bekommt und gleichzeitig eine Altersrente in Deutschland bezieht, muss in Kauf nehmen, dass die Rente um 80 Prozent gekürzt wird. Diese Regelung verstößt nicht gegen das Grundgesetz.

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 19. Oktober 2016 - L 4 R 188/14

Gesetzliche Unfallversicherung

DAS LESEN PRIVATER SMS IST NICHT VERSICHERT

Erleidet ein Beschäftigter auf dem Weg von der Arbeit nach Hause einen Auffahrunfall, weil er in eine Parkbucht fuhr, um eine private SMS zu lesen, liegt kein Arbeitsunfall vor.

Der Fall: Die Arbeitnehmerin befand sich auf dem Weg von der Arbeit nach Hause. Um eine angekommene SMS zu lesen, wollte sie in eine direkt an der Straße gelegene Parkbucht abbiegen, setzte dazu den Blinker, bremste das Fahrzeug ab, um den Gegenverkehr passieren zu lassen und wurde dann von hinten von einem auffahrenden Pkw gerammt. Sie erlitt dabei Verletzungen. Ihre Klage auf Anerkennung als Arbeitsunfall hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Es liegt kein Arbeitsunfall vor. Die Verletzungen sind nicht auf dem versicherten Weg aufgetreten; denn die Arbeitnehmerin hat, indem sie ihr Fahrzeug angehalten hat, selbst die maßgebliche und unmittelbare Ursache für den Auffahrunfall gesetzt. Die Arbeitnehmerin hat ausschließlich aus einem privatwirtschaftlichen Beweggrund die Fahrt nach Hause unterbrechen wollen. Diese Absicht hat sich unmittelbar in dem nach außen beobachtbaren Verhalten, dem Blinken und Abbremsen ihres Fahrzeugs, geäußert. Die Behauptung der Arbeitnehmerin, sie habe angenommen, es könnte sich um eine dienstliche SMS handeln, ist nicht ausreichend. Sie konnte nämlich den erforderlichen vollen Nachweis für einen Zusammenhang mit der versicherten Tätigkeit nicht erbringen. Denn nach ihren eigenen Angaben hat sie den Inhalt der SMS niemals zur Kenntnis genommen und nehmen können, weil das Handy bei dem Unfall zerstört worden ist.

Sozialgericht Stuttgart,
Urteil vom 20. Januar 2016 – S 1 U 6296/14

Mutterschutz

BESCHÄFTIGUNGSVERBOT IST ABSOLUT

Nach dem Mutterschutzgesetz dürfen Mütter bis zum Ablauf von acht Wochen, bei Früh- und Mehrlingsgeburten bis zum Ablauf von zwölf Wochen nach der Entbindung nicht beschäftigt werden. Dieses Beschäftigungsverbot ist absolut. Es steht nicht im Belieben der Mutter, ob sie von dem gesetzlichen Mutterschutz Gebrauch macht oder darauf verzichtet.

Bundesgerichtshof,
Urteil vom 7. November 2016 – 2 StR 9/15